

UN80-Reform - potenzielle Zusammenlegung von UN Women und UNFPA

Im Rahmen der UN-Reforminitiative („UN80“) des Generalsekretärs mit dem Titel „Shifting Paradigms: United to Deliver“ wird derzeit u.a. eine Zusammenlegung von UN Women und dem United Nations Population Fund (UNFPA) geprüft und diskutiert.

Wir erkennen an, dass Reformen innerhalb des UN-Systems notwendig sind, um die Effizienz zu steigern, Ressourcen zu bündeln und Synergien zu schaffen. Gleichzeitig sehen wir erhebliche Risiken in einer potenziellen Zusammenlegung von UN Women und UNFPA und stehen ihr daher sehr kritisch gegenüber.

UN Women Deutschland e.V. ist eines von dreizehn Nationalkomitees weltweit, das die Arbeit von UN Women auf nationaler Ebene unterstützt. Bei unserem Einsatz für ein starkes Mandat und eine sichere Finanzierung von UN Women und die Förderung von Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit weltweit bauen wir auf Ihre Unterstützung!

Was steht auf dem Spiel: Das internationale Mandat für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit

Die aktuelle UN-Reform findet in einer weltpolitischen Lage statt, in der universelle Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht, Meinungsfreiheit – zentrale Grundpfeiler unserer demokratischen Werte und unserer einst sicher geglaubten internationalen, regelbasierten Ordnung – massiv bedroht sind. Besonders betroffen sind die Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter: Das hat sich auf der 70. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission im März dieses Jahres deutlich gezeigt. Über Jahrzehnte errungene Fortschritte werden durch reaktionäre Strömungen wie die Anti-Gender-Bewegung, durch Autokratien und die Revitalisierung traditioneller Familienbilder durch „Tradwives“, eine wachsende Manosphere und Frauenfeindlichkeit im Netz unterminiert.

Daher ist es gerade jetzt besonders wichtig, das UN Women übertragene Mandat und die eigenständige Stimme für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit innerhalb des UN-Systems zu stützen und zu stärken und auf keinen Fall zu schwächen oder zu verwässern.

2010 ist UN Women durch den Zusammenschluss von vier UN-Einheiten entstanden, ein erfolgreicher UN-Reformschritt, der UN Women mit dem im UN-System einzigartigen Dreifach-Mandat – normativ, koordinierend und operativ – versah.

Konkret unterstützt UN Women Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und zwischenstaatliche Gremien bei der Entwicklung internationaler Normen und Standards und deren Umsetzung auf internationaler und nationaler Ebene. Dazu gehört auch und ganz zentral das wichtigste völkerrechtliche Menschenrechtsinstrument für Mädchen und Frauen – das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), das Deutschland vor 40 Jahren ratifiziert hat. Darüber hinaus koordiniert UN Women die Arbeit der UN-Organisationen im Bereich Gleichstellung und arbeitet in über 90 UN-Mitgliedsstaaten mit lokalen Partnerorganisationen zusammen, um Frauen und Mädchen zur Realisierung gleicher Rechte und Chancen und ein Leben in Würde und frei von Gewalt zu verhelfen.

Wofür setzen wir uns ein: Stärkung statt Schwächung des eigenständigen Mandats für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit in Friedens- und in Krisenzeiten

Das Dreifach-Mandat von UN Women geht weit über Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, der Familienplanung, Bevölkerungsfragen und demografischen Entwicklungen, die zum Kernmandat von UNFPA gehören, hinaus.

Eine potenzielle Zusammenlegung birgt das Risiko, dass die umfassende Arbeit zu Frauenrechten, wirtschaftlicher Teilhabe, politischer Repräsentation, Gewaltprävention und -schutz, Friedenssicherung und geschlechtergerechter Regierungsführung an Sichtbarkeit, Priorität und Wirksamkeit verliert.

Die Auflösung oder Schwächung einer eigenständigen UN-Organisation für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit käme einem Sieg der Anti-Genderbewegung über mühsam errungene demokratische Grundrechte gleich und würde ein fatales Signal aussenden! Statt institutioneller Zusammenlegungen braucht es eine Stärkung der internationalen Strukturen, die Frauenrechte schützen und fördern – in Friedens- und in Krisenzeiten.

Es wäre beispielsweise zu überlegen, UN Women's Mandat und Führungsrolle im Bereich „Frauen, Frieden, Sicherheit“ zu stärken, durch organisatorische Konsolidierungen und Bündelung von Kompetenzen, auch im Hinblick auf die Aufgaben des UN-Departments of Political & Peacebuilding Affairs (DPPA) und UN-Department of Peace Operations (DPO).

Reformen und Kürzungen dürfen nicht auf dem Rücken von Frauen und Mädchen ausgetragen werden!

Die finanziellen Kürzungen für Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und feministische Organisationen wirkt sich jetzt schon gravierend auf Frauen und Mädchen aus, insbesondere im globalen Süden. Der neuste UN Women Bericht [“Beyond the breaking point: The continuing impact of funding cuts on women’s organizations in humanitarian settings”](#) (Juli 2026) macht dies ganz deutlich. Die finanziellen Kürzungen haben für Frauen und Mädchen z.T. lebensbedrohliche Auswirkungen.

Vor diesem Hintergrund danken wir der Bundesregierung für ihren klaren Einsatz für UN Women, inklusive der ressortübergreifenden finanziellen Unterstützung, die u.a. die Etablierung eines der drei globalen Zentren von UN Women in Bonn erst ermöglichte.

Anstatt einer Fusion von UN Women und UNFPA, die schon im UN-Reformprozess 2010 aus guten Gründen verworfen wurde, braucht es alternative Lösungen, um Kohärenz, Rechenschaftspflicht und Wirksamkeit innerhalb bestehender institutioneller Strukturen zu stärken. In diesem Sinne arbeiten UN Women und UNFPA daran, Synergien auf Länderebene und im operativen Geschäft auszuloten und zu optimieren, um ihre Effizienz und Effektivität zu steigern.

Wie geht es weiter?

Wir danken der Bundesregierung für ihre klare und gemeinsam mit 31 anderen UN-Mitgliedsstaaten während des Executive Board Meetings von UN Women am 23. Juni 2026 vorgetragene Haltung und Positionierung: Sie sind sich einig darin, dass sie einer potentiellen Zusammenlegung von UN Women und UNFPA auf der Basis der aktuell vorliegenden Informationen, die den Erhalt der wichtigen und eigenständigen Mandate und institutionellen Stärke der beiden Organisationen nicht garantieren können, nicht zustimmen können. Ebenso danken wir den Mitstreiter*innen aus der Zivilgesellschaft, die die UN-Reforminitiative aktiv verfolgen und ihre Bedenken hinsichtlich einer Zusammenlegung geäußert haben. Aktuell stehen die Prüfung und Abwägung alternativer Optionen zum potenziellen Merger, die von einer Mehrzahl der UN-Mitgliedsstaaten eingefordert wurde, im Fokus.

Lassen Sie uns gemeinsam weiter dafür kämpfen, dass eine Reform der UN nicht auf Kosten von Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit umgesetzt wird!

Bonn, 10.07.2026